

## **Kleine Anfrage 2376**

des Abgeordneten Péter Vida  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Neue Kiesgrube und Deponiebetrieb in Neuendorf**

In Neuendorf, einem OT der Gemeinde Löwenberger Land, hat der Kiesabbau aufgrund der geologischen Gegebenheiten eine lange Tradition. Allerdings wurde der Kiesabbau in der vorhandenen Kiesgrube der Fa. F., ZN Fa. M. mit ca. 4,5 ha nördlich der Ortslage vor 7 Jahren eingestellt. Der Eigentümer will diese Kiesgrube um ca. 25 ha gleich anschließend weiter in westlicher Richtung neu eröffnen und nahezu zeitgleich die alte Kiesgrube mit Bauschutt auffüllen. Das bedeutet, dass zukünftig ein lärmintensiver Deponiebetrieb und gleichzeitiger Kiesabbau auf einer zusammenhängenden Fläche von ca. 30 ha stattfinden werden. Entsprechend erhöht sich auch das Transportvolumen auf der Verbindungsstraße Neuendorfer Weg von Neuendorf nach Teschendorf zur B96. In der alten Kiesgrube hat sich in dem geschützten Kessel in den letzten Jahren eine umfangreiche Flora und Fauna entwickelt, die dann bei der geplanten Verfüllung vernichtet werden würde. Es findet aus meiner Sicht ein erheblicher Eingriff in Landschaft und Umwelt und in die Lebensqualität der Bürger in Neuendorf statt.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wird das ganze Projekt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens als eine Einheit Deponiebetrieb und Kiesabbau über insgesamt ca. 30 ha bewertet?
2. Wird dieses Vorhaben dann nach Bergrecht bewertet und geprüft?
3. Wenn die ersten beiden Fragen mit Ja beantwortet werden, kann sodann davon ausgegangen werden, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das Gesamtvorhaben stattfinden wird?
4. Wie wird sichergestellt, dass die jetzige Kiesgrube nur mit Materialien entsprechend dem Zulassungsbescheid verfüllt wird? Wer wird diese Kontrollen dann vornehmen, der Landkreis oder eine private Firma? Ich frage das vor dem Hintergrund, dass es in der Vergangenheit im Land Brandenburg bereits genug Fälle gab, in denen Deponiebetreiber die Interpretation der zugelassenen einzubringenden Materialien sehr „großzügig“ ausgelegt haben. Nach Insolvenzen solcher Unternehmen bleiben dann die Kommunen für solche Hinterlassenschaften in der Verantwortung.
5. Ist bei der Projektgenehmigung eine bankgesicherte Bürgschaft in ausreichender Höhe eingefordert worden? Falls ja - wie wird die Höhe der Bürgschaft ermittelt?

6. Die Verbindungsstraße Neuendorfer Weg (Verbindung Teschendorf/Neuendorf) wurde in Nachwendezeiten quasi als Initiativstraße gebaut. Die zukünftig anstehenden Belastungen konnten dabei logischerweise nicht berücksichtigt werden. Ist diese Straße trotzdem von der Breite her und bei der Anzahl der erforderlichen Transporte je Tag für diese Belastung überhaupt ausgelegt? Wenn nein, wer kommt für mögliche Beschädigungen (speziell Kantenabbruch) auf?